

1189/J XXII. GP

Eingelangt am 03.12.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

des Abgeordneten Grünwald, Freundinnen und Freunde
an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft & Kultur
betreffend Zukunft des offenen Hochschulzugangs

Die österreichischen Universitäten könnten sich sehr bald mit einem neuen Ansturm von Studierenden konfrontiert sehen. Dies hängt vom Ausgang eines wegen Ungleichbehandlung von EU-Ausländern bei der Studienplatzvergabe von der EU angestrengten Vertragsverletzungsverfahrens gegen die Republik Österreich ab. Wenn das im nächsten Jahr zu erwartende Urteil des Europäischen Gerichtshofes zu Ungunsten Österreichs ausfällt, wird es nicht mehr zulässig sein, dass - dank einer Bestimmung des Universitätsstudiengesetzes - (vor allem deutsche) Studierende in ihrem Herkunftsland einen Studienplatz nachweisen müssen, um an einer österreichischen Universität zu inskribieren. Den einzelnen Universitäten bliebe dann mangels ausreichender Kapazitäten keine andere Wahl, als eine Zugangsbeschränkung einzuführen, um den Lehrbetrieb bei den derzeit ohnehin eingeschränkten personellen und budgetären Ressourcen nicht vollends zu gefährden. Aus dem Wissenschaftsministerium wurde bereits bekannt gegeben, dass für den Fall einer Aufhebung der Bestimmung eine rasche Gesetzesänderung in Richtung Zugangsbeschränkung kommen werde.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Dinge im Vertragsverletzungverfahren?
2. Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass das Verfahren zu Ungunsten Österreichs ausgehen wird?

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

3. Was gedenken Sie im Falle der Aufhebung der Bestimmung durch den EuGH zu unternehmen?
4. Wie stehen Sie grundsätzlich zu einer Zugangsbeschränkung für Universitäten?
5. Stünde eine Zugangsbeschränkung aus Ihrer Sicht nicht der notwendigen Erhöhung der AkademikerInnenquote entgegen?
6. Welche Initiativen budgetärer Natur werden Sie ergreifen, um eine qualitativ gute Ausstattung auch bei höheren Studierendenzahlen zu garantieren?